



**Dr. Ulrike Schneider**  
Mitglied des Stadtrats  
Initiative ZUKUNFT/ödp

Krumme Gasse 30  
97421 Schweinfurt

mobil 0173-6513177  
rike.schneider@icloud.com

Schweinfurt, den 22. August 2024

## Presseinformation

### **Initiative ZUKUNFT.ödp plädiert für den Erhalt des Krankenhauses St. Josef**

Schweinfurt. „Wir müssen als Stadt und Gesellschafter des Leopoldina noch einmal neu ansetzen und das an sich positive Gutachten für eine Zusammenführung beider Häuser in den Mittelpunkt unserer Überlegungen stellen“, so die Vorsitzende der Initiative ZUKUNFT.ödp, Dr. Ulrike Schneider. Das Gutachten von Prof. Roeder empfiehlt, das Leopoldina Krankenhaus der Stadt Schweinfurt und das Krankenhaus St. Josef der Kongregation der Schwestern des Erlösers zu einem gemeinsamen Krankenhaus für Schweinfurt mit zwei Betriebsstätten zusammenzuführen. Mit den bestehenden Leistungsangeboten beider Krankenhäuser würde das künftige Krankenhaus in der höchsten Versorgungsstufe als Maximalversorger „neuer Lesart“ angesiedelt sein und damit auch nach der Krankenhausreform Bestand haben, so das Fazit des Gutachters. „Nachdem auch der Geschäftsführer des Leopoldina Krankenhauses, Jürgen Winter, das Konstrukt der „Einhäusigkeit mit zwei Standorten“ noch im Herbst 2023 als hoch attraktiven Arbeitgeber mit vielfältigen Beschäftigungsmöglichkeiten bezeichnet hat, möchten wir diesen Ansatz erneut geprüft wissen. Warum nicht ein Träger mit mehreren Gesellschaftern, ohne die Kongregation?“, so Schneider. Hier sei über die Verantwortung des Landkreises genauso nachzudenken wie über eine stärkere Integration der Belegärzte.

Belegärzte mit ins Kalkül !

Das Interesse seitens der Belegärzte am Fortbestand des Josefs Krankenhauses - gegebenenfalls als privat geführtes Belegkrankenhaus - sei vorhanden und seitens der Geschäftsführung des St. Josefs Krankenhauses auch in Prüfung. „Es lohnt sich, alle Betroffenen an einen Tisch zu holen und noch einmal ernsthaft über Trägerschaft und mögliche Gesellschafter nachzudenken“, so Schneider. Sie selbst sei über einen Belegarzt in Kontakt mit St. Josef gekommen: „Ich habe das christlich geprägte Umfeld bei der Geburt unserer Tochter überaus geschätzt und bedaure daher sehr, dass der Orden seine Trägerschaft und damit seinen Einfluss Ende des Jahres komplett aufgeben wird“. Aber die Arbeit der Belegärzte könnte dennoch weitergehen, wenn Verhandlungen ernsthaft geführt und Zahlen offengelegt würden.

Angemessene Honorierung ärztlicher Leistungen !

Eine weitere Forderung der Initiative ZUKUFNT.ödp zielt auf eine angemessene Honorierung der im Krankenhaus erbrachten ärztlichen Leistungen. „Wie kann es sein, dass das Reparieren eines tropfenden Heizkörpers via Dichtungsring durch einen Installateur vor Ort am Ende teurer kommt als der Kaiserschnitt durch einen Facharzt im Krankenhaus, bei dem gleich mehrfach Leben auf dem Spiel steht?“, so Schneider, der dazu Originalrechnungen und Gebührenkataloge vorliegen. „Wir müssten unser gesamtes System neu bewerten“ - so ihr Wunsch, wohlwissend, dass die Initiative ZUKUNFT.ödp als kommunal agierende Gruppierung keinen Einfluss auf den Gebührenkatalog nehmen kann.

Appell an Fairness

Alles in allem eine schwierige Gemengelage, die durch gegenseitige Vorwürfe nicht leichter wird. Angesichts der Vorwürfe der örtlichen Abgeordneten gegen vermeintliche Fehlleistungen der Ampelregierung appelliert die Initiative ZUKUNFT.ödp, die Misere um das Krankenhaus St. Josef nicht für unfaire politische Attacken zu nutzen. Vor allem dürfe nicht großzügig übersehen werden, dass das Bundesgesundheitsministerium vor Amtsantritt von Karl Lauterbach 16 Jahre lang von Ministern der FDP und CDU geleitet wurde. Das heiße Eisen der notwendigen Krankenhausreform hat man in all den Jahren lieber gar nicht erst angefasst. Immerhin gibt es mit Karl Lauterbach nun einen Gesundheitsminister, der versucht, das Krankenhaussystem zu reformieren, was nicht ohne Einschnitte gehen wird und „Maximalversorger neuer Lesart“ als Lösungsansatz ins Spiel bringt - das Schweinfurter Modell.